

401
421
Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 19. Dezember 1917. No 401.

Handbücher für soziale Fürsorge. Der Stadtrat hat den Magistrat zur Herausgabe einer Reihe von Handbüchern ermächtigt, in denen jene Gesetze und Verwaltungseinrichtungen eine übersichtliche Darstellung finden sollen, deren Kenntnis die öffentliche und private Fürsorge ständig benötigt. Das erste Heft in der Reihe dieser Veröffentlichungen, enthaltend die heimatrechtlichen Vorschriften mit den wichtigsten Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes und etliche Anmerkungen, ist soeben erschienen. Die Landesarmengesetze aller Kronländer, die erste Zusammenfassung dieser Art, werden in einem zweiten Hefte, das im Jänner erscheinen wird, herausgegeben werden. Verfasser dieser Arbeiten ist der Vorstand des städtischen Wohlfahrtsamtes Magistrats-Sekretär Dr. Hornek.

Bürgerklub. Unter dem Vorsitze des Obmannes Oberkurator von Steiner fand gestern eine mehrstündige Sitzung des gemeinderätlichen Bürgerklubs statt, zu deren Beginn Landesausschuss Bielohlawek eine Erklärung in Angelegenheit der Mitteilung der Sonn- und Montagszeitung vom 17. ds.M. seine Person betreffend abgab. Derselbe erklärte, dass die Nachricht des genannten Blattes, dass er seinen Antisemitismus Abschwur, vollständig aus der Luft gegriffen sei. Seine diesbezüglichen Bemerkungen anlässlich eines Jaunalistenempfanges bei der Besichtigung des Landes-Zentral Kinderheimes habe sich ausschliesslich auf das Ausschalten jeder Parteilichkeit auf dem Gebiete der Humanitäts und Wohlfahrtspflege bezogen. - Hierauf beschäftigte sich der Bürgerklub mit dem Referate des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner betreffend die Lobau. Die Anträge des Bürgermeisters wurden einstimmig zum Beschlusse erhoben und dem Bürgermeister der Dank des Bürgerklubs ausgesprochen. - Nach Mitteilungen des Bürgermeisters betreffend die Sparmassnahmen im Gasverbrauche wurde der prinzipielle Entschluss gefasst, der Opposition zwei Ersatzmandate in die Donaufragulterungskommission zu überlassen. - Zum Schlusse fand die Vorlage wegen Gewährung von neuerlichen Kriegszulagen an die städtischen Beamten und Angestellten die einstimmige Genehmigung des Bürgerklubs.

Regelung des Verkehrs mit Ersatz - Lebensmitteln. Im Stadtrate berichtete StR. Angermeyer über einen vom Stadtrat Schwer eingebrachten Antrag, der den Zweck verfolgt, die Wiener Bevölkerung vor der Ausbeutung gewissenloser Spekulanten zu schützen, die sich die Erzeugung von Lebensmitteln und Artigeln für den Hausgebrauch aus Ersatzstoffen zur Aufgabe gestellt haben. StR. Angermeyer führte aus, dass diese Frage bereits mehrmals die verschiedenen Aemter sowohl der Gemeinde als auch des Staates beschäftigt habe. Das Amt für Volksernährung habe bereits längst die Regelung des Verkehrs mit Ersatzlebensmitteln als unbedingt notwendig erklärt und schon vor geraumer Zeit einen bezüglichen Verordnungsentwurf fertig gestellt, der den Gegenstand interministerieller Beratungen gebildet hat. Diesen Beratungen waren auch Vertreter des Magistrates, der n.ö. Handelskammer und des Ernährungsbeirates beigezogen, welche übereinstimmend die Ansicht vertraten, dass eine Verordnung nach diesem Entwurfe eine taugliche Handhabe bieten würde, um einerseits den derzeit ungedingt notwendigen Verkehr mit Ersatzlebensmitteln nicht unmöglich zu machen, andererseits aber der unverschämten Bewucherung und Ausbeu-

tung der Verbraucher bei der Erwerbung dieser Ersatzmittel endlich einmal Einhalt geschieht. Wenn es bisher zur Erlassung dieser Verordnung leider noch nicht gekommen ist, so sei dies wohl nur auf die ablehnende Haltung der Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Handels- und Justizministeriums zurückzuführen. Diese Haltung wird damit begründet, dass bereits dormalen genügende gesetzliche Bestimmungen und Verordnungen zum Schutze der Konsumenten, soweit sie den Verkehr mit Lebens- und Ersatzmittel betreffen bestehen; vor allem biete das Lebensmittelgesetz eine ausreichende Handhabe zur Erreichung auch der von der Surrogatmittelverordnung angestrebten Zwecke. Das Amt für Volksernährung würde bei Hinausgabe einer solchen Verordnung eine zu grosse Verantwortung nicht nur gegenüber den Händlern und dem Publikum, sondern auch gegenüber den Erzeugern übernehmen, weil durch die förmliche Zulassung eines Ersatzlebensmittels gewissermassen eine Garantie übernommen werde, dass es allen Anforderungen entspricht. Dies könne jedoch durch eine einmalige Probe nicht erreicht werden, sondern bloss durch eine die grosse Handhabung des schon im Lebensmittelgesetz vorgesehenen Ueberwachungsrechtes, durch genaue Perlustrierungen der schon vorhandenen Ersatzlebensmittel, öftere Revisionen der Erzeugnisse in den Vertriebsstätten. Diese Gründe bezeichnete der Referent als nicht stichhältig und nach seinem Antrage wurde folgender Beschluss gefasst: Die Gemeinde Wien fordert mit Rücksicht auf die Missbräuche im Verkehre mit Ersatzlebensmitteln und die hiemit verbundene gewissenlose Spekulation die eheste Erlassung der vom Amte für Volksernährung im Entwurfe bereits fertig gestellte Verordnung betreffend den Verkehr mit Ersatzlebensmitteln. Diese Forderung ist dem Ministerpräsidenten und sämtlichen beteiligten Ministerien zur Kenntnis zu bringen.

Bezirkstatssitzung. Die Bezirksvertretung Fünfhaus hält am Donnerstag, 20. Dezember um 6 Uhr abends eine Sitzung ab.

402
422
Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, dass Kaiser Franz Josef I. unmittelbar nach Kriegsausbruch angeordnet habe, dass die Wildbestände in der Lobau in erheblichem Masse verringert werden und das abgeschossene Wild den Spitalern überwiesen werde. Er werde die Interpolation dem Oberstjägermeisteramt übermitteln.

GR. Kunschak stellt die Anfrage, ob der Bürgermeister seinen ganzen Einfluss dahin aufbieten wolle, dass von den Molkereien und Milchgrosshändlern eine vollständig gleichmässige Behandlung ihrer eigenen und der gewerblichen Verschleißstellen unter allen Umständen beobachtet werden muss.

GM. Dr. Weiskirchner verliest einen eingehenden Bericht der städtischen Milchversorgungsstelle, in welchem es unter anderem heisst, dass gegenwärtig im Vergleiche zum Zeitpunkt der Durchführung der Regulierung die Milchlieferung um volle 50 % gesunken ist. Da die Anzahl der Milchabgabestellen sich nahezu gar nicht verringert hat, kann von den meisten Unternehmungen gerade noch die Milch für die Pflichtkartenbesitzer geliefert werden. Es ist daher die tägliche Milchmenge, welche die Kleinverschleisser abgeben, eine sehr geringe und beträgt oft nur wenige Liter. Infolgedessen entstehen Schwierigkeiten bezüglich des Transportes und infolge Mangels der kleinen Geschirre. Wenn ein Verschulden der Milchgrosshändler vorliegt, wird von der Milchversorgungsstelle unverzüglich eingeschritten, aber oft bleibt ihr nichts anderes übrig, als eine Ausrayonierung der Kunden der betreffenden Kleinverschleissstelle zu veranlassen. Hierbei ist es nicht immer möglich, dem Bequemlichkeitsstandpunkte der Kunde Rechnung zu tragen.

Im Uebrigen ist die Milchversorgungsstelle in Wien bestrebt, die Härten, die sich aus der gegenwärtigen Lage des Milchmarktes für die Kleinverschleisser ergeben, in jedem konkreten ihr zur Kenntnis gebrachten Falle tunlichst zu mildern und etwa auf die Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Kleinverschleisser abzielende Bestrebungen der Grossbetriebe zu unterdrücken, wofür auch schon die vor Einführung der Rayonierung an die Grosshändler ergangenen Aufträge auf Einschränkung ihres Ausschankes in den eigenen Verschleissstellen Zeugnis ablegen.

Ich werde, sagt der Bürgermeister, nicht ermangeln, die Milchversorgungsstelle in Wien neuerlich anzuweisen, der Lage der Milchkleinverschleisser nach wie vor ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, um denselben ein Durchhalten zu ermöglichen.

GR. Kunschak verweist in seiner Anfrage darauf, daß bei den letzten Schneesauberungsarbeiten vielfach auch schulpflichtige Kinder in Verwendung standen während auch nicht einer der tausende jüdischen Flüchtlinge bei diesen Arbeiten abzutreffen waren. Diese bezeichneten Elemente gingen auch dieser Möglichkeit eines ehrlichen Erwerbes schon aus dem Wege. GR. Kunschak stellt demselben den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt sei, den Auftrag zu erteilen, daß schulpflichtige Kinder unter keinen Umständen zu Schneesauberungsarbeiten verwendet werden dürfen und ob er bereit sei, bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig zu werden, daß bei wieder Eintretenden Schneefall die jüdischen Flüchtlinge, insoweit sie bis dahin Wien noch nicht verlassen haben, zwangweise zur Schneearbeit verhalten werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, daß sich beim letzten Schneefall zivile Arbeitskräfte nicht in ausreichender Menge meldeten. In vereinzelten Fällen mag es vorgekommen sein, daß unter den jugendlichen Arbeitern auch solche unter 14 Jahren aufgenommen wurden, weil sie bei der Anfrage über ihr Alter unrichtige Angaben gemacht haben und nach ihrer Entwicklung für älter gehalten werden konnten. Eine kleine Anzahl von Bürger- und Mittelschülern hat sich wie im Vorjahre unter Aufsicht von Lehrpersonen für Schneesauberungsarbeiten

unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Was die Flüchtlinge betrifft, so habe er Aufbruch gegeben, das die verschiedenen Flüchtlingsheime in denen unbeschäftigte Personen sich aufhalten, ausdrücklich verordnet werden, daß ihre Beteiligung bei der Schneebeseitigung erwünscht ist. Die Durchführung eines Zwanges zur Schneearbeit sei nicht zu versuchen, da die Erledigung der Formalitäten sicher so lange dauern würde, bis kein Schnee mehr fällt. Der Bürgermeister fügt hinzu: Ich kann diesen Anlass nicht vorüber gehen lassen, ohne den Wiener Hausherrn und Hausbesorgern für die Arbeit, die sie bei der Säuberung der Bürgersteige geleistet haben, meine vollste Anerkennung auszudrücken. Es ist das gewiss eine hingebungsvolle Arbeit gewesen und in der heutigen schweren Zeit haben sich sowohl Arbeitgeber wie auch Hausbesorger gewiss den Dank der öffentlichen Verwaltung verdient.

GR. Dr. Hein fragt, ob die Bürgermeister bei der zuständigen militärischen Behörde dahin wirken wolle, dass dem Magistrate rechtzeitig und nicht erst in den allerletzten Tagen des Monats die Ermächtigung erteilt wird, im berücksichtigungswürdigen Fällen Abwärtbewilligungen bis zur Erledigung des Enthebungsgesuches zu erteilen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Magistrat bereits mit dem Berichte vom 17. Dezember 1917 telegraphische Weisungen vom Ministerium für Landesverteidigung erbeten habe, welche jedoch noch nicht herabgelangt sind.

GR. Schlechter interpelliert über die Errichtung eines Wartehäuschens in der Eschenbachgasse und über die Verdichtung des Verkehrs der Strecke Eschenbachgasse-Hietzing.

Der Bürgermeister erwidert, dass für die Aufstellung einer Wartehalle in der Eschenbachgasse kein geeigneter Platz ausfindig gemacht werden kann. Die Ueberfüllung auf der Linie 57 könne infolge Mangels an Wagen derzeit kaum abgestellt werden. Das Umkehren der Züge bei der Winkelmannstrasse ist mit Rücksicht auf die dort bestehende Geleiseanlage nicht möglich.

GR. Ullreich beantragt eine bessere Ersichtlichmachung der Strassenamen und Hausnummern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird sodann an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtet als erster Referent in eingehender Weise über den Abschluss des Uebereinkommens mit dem k. Hofärar in der Lobaufrage und sagt zum Schlusse: Ich bitte diese Transaktion zu genehmigen denn mit dieser Genehmigung wird sich der Gemeinderat des Kriegsjahres 1917 nicht nur für die Gegenwart den Dank der gesamten Wiener Bevölkerung verdienen.

GR. von Steiner: Die eingehende Begründung der Anträge durch den Herrn Referenten enthebt mich jeder weiteren Befürwortung und habe ich nur die Ehre zu erklären, dass wir einmütig für das Referat stimmen. Pflichtgemäss will ich dem Bürgermeister für seine Mühewaltung bei den schwierigen und langwierigen Verhandlungen welche heute durch die Erstattung des Referates von vollem Erfolg gekrönt worden sind den wärmsten Dank des Gemeinderates aussprechen. (Lebhafter einmütiger Beifall).

Die Anträge des Bürgermeisters werden unter heftigen Beifall einstimmig genehmigt.

StR. Payer legt ein Kaufangebot der Firma Karl Zeiss G.m.b.H. Wien auf Gründe südlich des Hochquellenwasserbehälters „Breitensee“ im 13. Bezirke zur Errichtung grosser Fabrikanlagen vor. (Angenommen).

VB. Hosa berichtet über die Gewährung eines Anschaffungsbeitrages pro 1917 und einer Kriegszulage für das erste Halbjahr 1918 an die städtischen Angestellten.

Der Referent führt unter anderem an: Der Gesamtbetrag den wir bisher für Teuerungszulagen bewilligt haben, beträgt bis Ende des Jahres 1917 41½ Millionen, die einmaligen Zuwendungen 11 Millionen Kronen. Für das nächste Halbjahr war ein Betrag von 20 Millionen bestimmt, mit Rücksicht auf die Erhöhung der Teuerungszulagen wird sich dieser Betrag auf 30½ Millionen, zusammen mit den einmaligen Zuwendungen über 11 Millionen also auf 41½ Millionen Kronen erhöhen. Rechnet man davon 7 Millionen Kronen für Lehrerzulagen ab, welche wir von der Regierung ersetzt bekommen dürften, so ergibt das für das zweite Halbjahr 1918 einen Betrag von 34½ Millionen Kronen. Bis Ende Juni 1918 wird der Gesamtbetrag der Zuwendungen der Gemeinde an ihre Angestellten die Höhe von 76 Millionen Kronen erreichen. Bei dieser Gelegenheit soll neuerlich betont werden, dass aber auch die Beamten und Angestellten voll und ganz die Pflichten ihres schweren Amtes erfüllt haben.

GR. Hohenfinger führt aus, dass die einzige Hilfe für die Festbesoldeten keine noch so hohe Teuerungszulage sondern einzig und allein der Abbau der Preise der Lebensmittel sei, an den sie aber die Regierung nicht herantraue. Im übrigen sei er mit dem Referate selbst vollständig einverstanden.

Vize-Bürgermeister Pöb erwidert in seinem Schlussworte, dass selbstverständlich auch er der Meinung sei, dass mit den Zulagen den Bedürfnissen der Angestellten nicht voll entsprochen werden könne, und dass nur ein Abbau der Preise wirksam helfen könnte. Gegenwärtig sei davon leider nicht zu reden und man müsse froh sein, wenn die Preise nur ihre jetzige Höhe beibehalten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, dem den Vorsitz übernommen hat, bringt die Anträge des Berichterstatters einstimmig zur Abstimmung und werden dieselben einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Vize-Bürgermeister Hög legt den Rechnungsabschluss des Lagerhauses der Stadt Wien für das Geschäftsjahr 1916/1917 vor. An die Gemeinde werden 612.849 Kronen abgeführt.

Die Vorlage wird ohne Wechselrede genehmigt.

Vize-Bürgermeister Hög berichtet hierauf über die Bewilligung einer grösseren Anzahl von Subventionen, wobei GR. Neumann dem Wunsche Ausdruck gibt, dass auch dem Arbeitervereine „Schreibergarten“ in Favoriten eine Subvention von 500 Kronen gewährt werde.

Vize-Bürgermeister Hög erklärt, es müsse erst ein Ansuchen dieses Vereines abgewartet werden, worauf die Anträge des Berichterstatters genehmigt werden.

Vize-Bürgermeister Hög berichtet weiters, über eine Petition betreffend Berücksichtigung der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen bei der Beratung über neue staatliche Steuervorlagen. Er stellt folgenden Antrag:

Es ist an die beiden Häuser des Reichsrates mit der Bitte heranzutreten, bei der Beratung über neue Steuervorlagen, die durch den Krieg ins masslos gestiegene Anforderungen an die Mittel der Gemeinden insbesondere der Reichshaupt- und Residenzstadt zu berücksichtigen und insbesondere auch den städtischen Unternehmungen durch deren Befreiung von den Kriegszuschlägen der Erwerbsteuer oder zumindestens von einer Erhöhung derselben jene Begünstigung zuteil werden zu lassen, welche sie mit Rücksicht auf die gemeinnützige Verwendung ihrer Erträge verdienen. (Angenommen).

Nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Hierhammer wird die Anschaffung von 6 Kraftwagenzügen zu je 10 Tonnen für die Beförderung von Lebensmitteln und Baustoffen mit dem Kostenerfordernisse von 344.200 Kronen genehmigt.